

INITIATIVE KAARSTER GEGEN FLUGLÄRM



„Kaarster gegen Fluglärm e.V.“, Hinterfeld 44c, 41564 Kaarst

„Kaarster gegen Fluglärm e.V.“
c/o Werner Kindsmüller
Hinterfeld 44c
41564 Kaarst
02131-1769617
kindsmueller@kagf.de
www.kagf.de

An die Presse

Kaarst, 27. Sept. 2016

Lärmobergrenze auch für Flughafen Düsseldorf notwendig

Die hessische Landesregierung hat heute (27. Sept. 2016) einen Vorschlag zur Begrenzung der Lärmbelastung am Flughafen Frankfurt a. Main vorgelegt. Danach soll eine Lärmobergrenze für besonders belastete Gebiete, das sind Gebiete mit mehr als 55 dB(A), eingeführt werden. Mehr Flüge wären damit nur möglich, wenn die Maschinen im Gegenzug leiser würden bzw. die Anflugverfahren weniger Lärm verursachen. Zugleich sieht der Vorschlag vor, die Zahl der Flugbewegungen zu begrenzen, wenn die Lärmobergrenze nicht eingehalten wird.

Zu diesem Vorschlag erklärt der Vorsitzende des Vereins „Kaarster gegen Fluglärm e.V.“ Werner Kindsmüller: „Wir begrüßen diesen Vorschlag und erwarten nun von Verkehrsminister Michael Groschek einen ähnlichen Vorschlag für den Flughafen Düsseldorf. Was „Schwarz-Grün“ in Hessen kann, sollte auch „Rot-Grün“ können.“ Da die Belastung in den Flugsektoren unverträglich hoch ist, sollte die Obergrenze jährlich um 2% abgesenkt werden. Auf diese Weise könnte man langfristig zu einer Lärminderung gelangen. Entsprechend müssten die Airlines leisere Maschinen einsetzen bzw. die Zahl der Flüge müsste entsprechend reduziert werden.

Mit Lärmobergrenzen werde für den Flughafen und die Airlines ein Anreiz geschaffen, leisere Maschinen einzusetzen und alternative, weniger lärmintensive Anflugverfahren zu wählen. „Ohne politischen Druck wird sich auch der Flughafen Düsseldorf nicht bewegen,“ so Kindsmüller.

Der Flughafen Düsseldorf und die Rot-Grüne Landesregierung habe in den vergangenen Jahren nichts getan, um die steigende Lärmbelastung der Bürger zu reduzieren. Im Gegenteil sei durch die Ausweitung der Flugbewegungen in den Nachtstunden die Belastung der Bürger massiv gestiegen. Dies könne man anhand der Entwicklung im Sommer 2016 belegen.



Die Landesregierung, so Kindsmüller habe nichts unternommen, um die in den Koalitionsvereinbarungen 2010 und 2012 getroffenen Verabredungen der Regierungsparteien zum Lärmschutz an Flughäfen umzusetzen.

Werner Kindsmüller

Vorsitzender

Weitere Auskünfte unter: 0151-16756015